

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 04. September 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-33-0072

Umstellung auf SEPA-Verfahren

-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.08.2013-

Zum 1. Februar 2014 wird der inländische und ausländische Zahlungsverkehr für Unternehmen mit der Schaffung einer „Single European Payment Area“ (SEPA) vereinheitlicht.

Auf diese Umstellung müssen sich auch Kommunen einstellen, was nach Presseberichten in Frankfurt bereits passiert. Da erhebliche organisatorische und technische Anpassungen notwendig sind, darf der Aufwand auf keinen Fall unterschätzt werden.

Nach Einschätzung von Fachleuten besteht hierbei dringender Handlungsbedarf.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten auf die Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt hinzuwirken, dass deren Kunden möglichst zeitnah ihre Einzugsermächtigungen auf das neue Verfahren umstellen.
2. Ferner möge der Magistrat berichten
 - wann und wie den Bürgern die neue Gläubigeridentifikationsnummer der Stadt mitgeteilt wird.
 - ob die Bürger neue Einzugsermächtigungen erteilen müssen.

Beschluss Nr. 0249

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten, auf die Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt hinzuwirken, dass deren Kunden möglichst zeitnah ihre Einzugsermächtigungen auf das neue Verfahren umstellen.
2. Ferner möge der Magistrat berichten
 - wann und wie den Bürgern die neue Gläubigeridentifikationsnummer der Stadt mitgeteilt wird.
 - ob die Bürger neue Einzugsermächtigungen erteilen müssen.
3. Der Magistrat wird weiterhin gebeten, unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes einen Bericht vorzulegen
 - zum Rücklauf von Lastschriften unter dem SEPA-Verfahren,
 - zur Einrichtung von Lastschriften,
 - zum Widerspruch gegen Lastschriften, jeweils im Vergleich zur bisherigen Rechtslage,

- und zu den Erfahrungen, die Menschen, und insbes. Menschen mit Einschränkungen, mit dem neuen Verfahren machen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2013

Horschler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2013

Dezernat VI in Verbindung mit
Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister